



November 2023



Erlanger Rot

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Erlangen



DKP

Siemens Energy gerettet?

Joe Kaeser war's. Es war seine Idee, den angeblich zu schwerfälligen Tanker Siemens AG in eine Flotte mehrerer Schnellboote aufzuspalten, die sich besser der neuen Zeit anpassen könnten. Mit Schnellbooten ließe sich schneller und vor allem mehr Geld verdienen, so das Versprechen an die Investoren.

Bei der Abspaltung der Kraftwerkssparte allerdings sprachen angesichts des Anlagenparks aus Nuklear-, Kohle- und Gaskraftwerken samt wenig nachgefragter Hochspannungs-Stromübertragung selbst die Eigentümer nicht vom Schnellboot, sondern von der Bad Bank. Das Gemecker der Shareholder war unüberhörbar, und so kam Kaeser auf die Idee, der Ausgliederung auch noch die Anteile an einem



spanischen Windkraftanlagenbauer GAMESA zu vermachen. Das sah einfach besser aus als die Fossilien.

Nur drei Jahre später **ist das Unternehmen Siemens Energy ein Fall für Staatshilfe**. Die Ursachen für das Debakel sind längst noch nicht aufgeklärt. Joe Kaeser beteuert trotz unterschriebener Staatsbürgerschaften, SE brauche gar kein Geld. Die Vorstandsriege angeführt von Christian Bruch erzählt völlig ungerührt lauter Erfolgsstoriys und ist dauerhaft gut gelaunt, Team Purple eben. Die Analysten wissen nicht, was los ist, und erzählen jeden Tag etwas anderes: Kaufen! Verkaufen! Nein – lieber doch Halten. Und die Eigentümer?

Fortsetzung Seite 2

**Was steht noch im Erlanger Rot:
Seite 3 ... deshalb sind die Sozialisten in allen
Ländern für den Frieden**

Erlanger HuPfla - Forschungsprojekt an NS-„Euthanasie-Op- fern“

Es gibt ein Forschungsprojekt, das die Herkunft der in der Zeit des Nationalsozialismus oder der Nachkriegszeit in Institute der Kaiser-Wilhelm- bzw. der Max-Planck-Gesellschaft - gelangten Hirnpräparate erforscht. Dieses Verbundprojekt mit dem langen Titel „Hirnforschung an Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kontext nationalsozialistischer Unrechtstaten: Hirnpräparate in Instituten der Max-Planck-Gesellschaft und die Identifizierung der Opfer“ ist als Forschungsvorhaben angesiedelt an der Medizinischen Universität Wien der Oxford Brookes University bzw. an der Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften sowie am Institut der Geschichte und Ethik der Medizin. Das Projekt analysiert die Herkunft von Hirnpräparaten, die in der Zeit des Nationalsozialismus oder der Nachkriegszeit in Institute der Kaiser-Wilhelm- bzw. der Max-Planck-Gesellschaft gelangten. Die Frauen und Männer, von denen die Präparate stammen, sollen auf ihren Status als mögliche Opfer des Nationalsozialismus hin untersucht werden. Dabei geht es vor allem auch um die Frage, ob die Präparate von Betroffenen der NS-„Euthanasie“ stammen.

Fortsetzung v. Seite 1: Siemens Energy

Versuchen ihre Aktienpakete loszuwerden. Der Aktienwert des Unternehmens hat sich mehr als halbiert, in den vergangenen Wochen rutschte die Aktie auf einen Tiefststand von etwas über 6 EURO, bevor sie nach Unterzeichnung der Staatsbürgschaften wieder etwas aufholte.

Wirtschaftsminister Habeck bezeichnete das Unternehmen Siemens Energy als „transformationsrelevant“. Deswegen bürgt der Staat und sichert damit vor allem Unternehmenswert und Renditen für die Großaktionäre. Unklar bleibt allerdings, was die Aktionäre und Top-Manager zu Energiewende beitragen könnten. Für die Umstellung auf nachhaltige Energieerzeugung werden vielmehr Techniker, Ingenieure, Chemiker, Kaufleute, Logistiker, Bauingenieure, Elektriker und sonst noch eine ganze Menge anderer Berufsgruppen benötigt.

Bei Siemens Energy sind das derzeit etwa 90.000 weltweit, allein in Deutschland 24.000. **Die sind relevant.**

Merkwürdigerweise schreibt keine Zeitung über deren Situation, über deren Gedanken, Sorgen oder Hoffnungen. Ganz so, als würde es die Beschäftigten gar nicht geben. Ganz so, als würden die Kraftwerke von den Aktionären zusammengebastelt, und die Stromversorgung von Joe Kaeser angeklemt.

Dabei stöhnen, so hört man, Beschäftigte in allen Bereichen über ständig steigenden Arbeitsdruck, Personalmangel und völlige Überlastung, Mehrarbeit und Verlagerungen, etwa nach Rumänien. Dazu kommen die Folgen einer verfehlten Restrukturierung sowie erhebliche Schwierigkeiten beim Versuch, sich IT-mäßig von der Siemens AG abzukoppeln.

Die IG Metall hat vor einigen Jahren, als es mit der Transformation in vielen Betrieben ernst wurde, den Slogan geprägt: **Keine Zukunft ohne uns!** Damit waren richtigerweise die Beschäftigten gemeint – und nicht die Großaktionäre. Es wird langsam Zeit, diese Zukunft auszubuchstabieren.

- Schluss mit der massiven Überlastung des Personals! Personalaufbau durch mehr Personal an allen Standorten! Qualifizierung und Entwicklung der Beschäftigten für die Transformation.

- Gesundheitsschutz ernst nehmen! Arbeitszeiten begrenzen, Baustellenarbeit sicher machen, Home Office ergonomisch und finanziell gut ausstatten!

- Zukunftstarifvertrag zur Sicherung von Beschäftigung und Standorten.

Redaktion ER



... deshalb sind die Sozialisten in allen Ländern für den Frieden

Klar, Kommunist:innen sind grundsätzlich gegen Kriege. **Karl Marx und Friedrich Engels** hielten es geradezu für eine Pflicht der internationalen Arbeiterbewegung, Widerstand zu leisten gegen etwaige Kriegspläne der herrschenden Klassen. So warnten sie 1870 in einer Erklärung des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation vor den Folgen des deutsch-französischen Kriegs: „*Vergessen die Arbeiter ihre Pflicht, bleiben sie passiv, so wird der jetzige furchtbare Krieg nur der Vorläufer noch furchtbarer internationaler Kämpfe sein und wird in jedem Lande führen zu neuen Niederlagen der Arbeiter durch ihre Herren vom Degen, vom Grundbesitz und vom Kapital.*“

Sie waren überzeugt, dass Aufrüstung und Krieg ausschließlich im Interesse der jeweiligen „Herren“ ins Werk gesetzt würden, sei es zur Eroberung und Ausbeutung fremder Territorien, zur Optimierung der eigenen Marktzugänge,



oder zur Ablenkung von inneren Krisen bzw. damit verbunden zur Niederschlagung revolutionärer Bewegungen. Jeder Krieg habe nicht nur katastrophale Folgen für die soziale Lage der Bevölkerungsmehrheit, sondern schränke auch die demokratischen Freiheiten für progressive Bewegungen ein. Freiheit – auch zur Entwicklung der Arbeiterparteien – kann es nur geben, wenn nicht mit eigenem Blut und Geld zur Unterdrückung anderer Nationen Beihilfe geleistet wird, schrieb Friedrich Engels.

Dennoch äußerten beide auch die Auffassung, dass durch das Hineinreißen ganzer Regionen in den kapitalistischen Welthandel zwangsläufig auch das Proletariat in diesen Ländern anwachse, dass durch das Offenbarwerden der Kriegslügen die Arbeiter ein klareres Bild ihrer tatsächlichen Lage gewinnen könnten, ja, dass durch das Elend der Kriegsfolgen revolutionäre Entschlossenheit gestärkt würde. Nach dem Ende des russisch-türkischen Kriegs 1878 z.B. ahnten beide eine Revolution in Russland herannahen: „*Dieser Revolution kann die russische Regierung unmöglich entrinnen ...*“ Der Zusammenhang zwischen Krieg und Revolution war ausgeprägt auch in der Sozialistischen Internationale. Von herausragender Bedeutung bleiben die Gedanken von **Rosa Luxemburg** und **Wladimir Iljitsch Lenin**, die im Vorfeld des 1. Weltkriegs 1907 in der Resolution der Sozialistischen Internationale formulierten: „*Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet ... alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern ... Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.*“

Kriege sollten also mit allen Mitteln verhindert werden. Sollte das nicht gelingen, steht zur Erreichung eines dauerhaften Friedens die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus auf der Tagesordnung. Diese Position hatte im Grunde genommen Bestand bis in den 2. Weltkrieg hinein und prägte auch die noch folgenden antikolonialen Befreiungskriege. Doch dann kam **Hiroshima**. Die Atombombe stellte die kommunistische Weltbewegung mit einem Schlag vor völlig neue Herausforderungen. Der Fortbestand der Menschheit, ja, des Planeten Erde in seiner bisher gekannten Form stand bei Einsatz der Massenvernichtungswaffen auf dem Spiel. Salopp formuliert: Gewehre kann man umdrehen für den revolutionären Kampf, eine Atombombe nicht.

Die Kommunist:innen, allen voran die damals größte kommunistische Partei KPdSU, Regierungspartei in der Sowjetunion, blieben bei ihrem Ziel der Kriegsverhinderung. Handlungsleitend wurden zwei Prämissen: Erstens ging es

Fortsetzung v. Seite 3: Sozialisten gegen Krieg

darum, mit der Verfügung über eigene Atomwaffen den Einsatz der Bombe möglichst zu verhindern. Das „**Gleichgewicht des Schreckens**“ zwischen den beiden Blöcken unter Führung von Sowjetunion sozialistischerseits und

den USA kapitalistischerseits sollte die Voraussetzung schaffen für ein weiter gehendes Konzept der Kriegsverhinderung. Dieses Konzept bestand aus dem Gedanken, dass die **friedliche Koexistenz** von Sozialismus und Kapitalismus grundsätzlich möglich ist und durch eine Reihe internationaler Verträge zu Abrüstung und Deeskalation abgesichert werden muss. Einer der vorläufigen Höhepunkte dieser Strategie war ohne Zweifel die **Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**, die das Konzept einer friedlichen Koexistenz um wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Zusammenarbeit entscheidend erweitern konnte. Mit der Schlussakte von Helsinki wurde zwischen allen weit über 50 Teilnehmerstaaten ein Dialog ins Leben gerufen, der viele Abrüstungsinitiativen sozialistischer Staaten ermöglichte. In gewisser Weise bildet die Initiative Mitte der 1980er Jahre von **Michael Gorbatschow** gestartete Initiative für eine „**Atomwaffenfreie Welt 2000**“ den Schlusspunkt dieser Etappe.

Seit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Länder in Europa 1989/90 sieht sich die kommunistische Weltbewegung wiederum mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Statt dem „Ende der Geschichte“ erleben wir **einen Kampf um die Neuaufteilung der Welt**, um Einflussphären, Zugriff auf Rohstoffe und Versuche, etwaige Konkurrenten zu schwächen.

Dieser Kampf wird mit unerbittlicher Härte und seit Anfang der 1990er Jahre auch zunehmend militarisiert und gewaltvoll ausgetragen. Trotz grauenvoll hoher Opferzahlen von Afghanistan über den Jemen bis Mali, trotz nie da gewesener Flüchtlingsströme, und trotz steigender Dynamik von klimatisch bedingten Nahrungsmittelkrisen und Naturkatastrophen auf allen Kontinenten üben USA und NATO-Staaten weiter einen enormen Druck aus, um ihr Hegemoniemodell zu sichern.

Unter der ideologischen Verkleidung eines Kampfes der „regelbasierten, demokratischen westlichen Wertegemeinschaft“ gegen die „Autokratien“ der Welt wird eine neue Blockkonfrontation provoziert, diesmal zwischen USA und China – mit der immer deutlicher aufscheinenden **Gefahr eines Dritten Weltkriegs**. Dieser wird der letzte sein, den die Menschheit führt, wusste schon Bert Brecht.

Die Kommunist:innen bleiben bei ihrem Ziel der Kriegsverhinderung. Die derzeit größte kommunistische Partei, die KP China, ist Regierungspartei und nimmt einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein. Ihre Antwort auf die aktuellen Gefahren lässt sich als kluge Weiterentwicklung bisheriger kommunistischer Friedenspolitik interpretieren. Chinas Kommunist:innen setzen erstens auf **eine universelle Gültigkeit des Völkerrechts** und verteidigen dieses hartnäckig gegen alle Rechtsbrüche, von welcher Seite auch immer. In Anwendung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen betonen sie die Pflicht zum Gewaltverzicht und rufen im Konfliktfall zu politischen Lösungen auf. Auch die jüngste Initiative für eine Friedenskonferenz in Nahost stützt sich auf diese Gedanken.

Und zweitens baut China seit Jahrzehnten die **wirtschaftliche Zusammenarbeit** unterschiedlichster Staaten aus. Der Ausbau der so genannten Neuen Seidenstraße ist sicher das bekannteste und derzeit weltweit größte Projekt in diesem Zusammenhang. Allerdings handelt es sich dabei nicht um ein Solidarprojekt mit

Fortsetzung Seite 5

sozialistischer Zielsetzung, sondern um die Förderung von Zusammenarbeit im Sinne gemeinsamer Kapital- und Entwicklungsinteressen. Die Teilnahme am Welthandel soll für möglichst viele Staaten so verbessert werden, dass mit wachsenden globalen Wertschöpfungsanteilen nationale Entwicklungsziele finanziert werden können. Das gilt selbstverständlich auch und in erster Linie für chinesische Interessen. Trotz aller Widersprüchlichkeiten hat die KP Chinas ein Modell globaler Zusammenarbeit entwickelt, dass dem mörderischen Wettbewerb imperialistischer Staaten entgegensteht. Deshalb beachtet China stets den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.

Angesichts der Gefahren in der aktuellen Weltlage ist das viel, aber möglicherweise nicht ausreichend. Notwendig wäre eine deutliche Stärkung aller fortschrittlichen und demokratischen Bewegungen, ein Zusammenwachsen der weltweit aktiven Friedenskräfte, eine sichtbarer werdende Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die den Kriegstreibern die Straßen versperrt, um den Frieden zu sichern.

Hier liegt das Arbeitsfeld von Kommunistinnen und Kommunisten heute. Wir setzen uns dafür ein, dass in Deutschland eine Politik durchgesetzt werden kann, die, wie das Programm der DKP sagt, orientiert

„auf Friedenssicherung, Abrüstung und internationale Kooperation und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren, gegen die Militarisierung der Gesellschaft, gegen rassistische und faschistische Ideologien, Organisationen und Parteien.“ Klar: Um eine solche Politik durchzusetzen, braucht es viele, braucht es mehr Menschen als die Kommunist:innen hierzulande. Aber an Abrüstung und Frieden haben Millionen Menschen ein hohes Interesse: aus Überzeugung für eine friedliche internationale Politik, aus Gründen des Klimaschutzes, weil das Geld besser in Schulen, Universitäten und Kliniken verwendet werden kann, weil „Parents for Future“ ihren Kindern keinen zerstörten Planeten hinterlassen wollen und, und, und. Wir setzen uns ein für ein solidarisches Zusammenwirken in breiten Bündnissen – im Interesse der Mehrheit der Menschen in diesem Land und weltweit.

Du willst mal mit uns diskutieren? Mehr über den Zusammenhang von Kapital und Krieg erfahren? Mehr tun für die Bewahrung des Friedens, sozialer Sicherheit und Klimaschutz? Ganz einfach: melde dich unter info@dkp-erlangen.de

Isa Paape



Wandzeitung in einer Dresdner Schule nach der Konferenz

Zahl der Wohnungslosen verdoppelt – Regierung zahlt Milliarden für Rüstung und Krieg

Elend an der Heimatfront

Björn Blach, UZ vom 17. November 2023



Die Wenigsten können sich „Jeden Tag was Neues“ leisten. Tatsächlich müssen immer mehr Menschen in Deutschland auf der Straße leben. (Foto: blu-news.org / Wikimedia / CC BY-SA 2.0 Deed / Bearb.: UZ)

Wer in den letzten Monaten an einem x-beliebigen Bahnhof einer größeren deutschen Stadt die Augen vor dem sozialen Elend nicht verschlossen hat, weiß von dem Problem. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) hat diese Beobachtungen jetzt mit Zahlen unterlegt: Etwa 50.000 Menschen leben in Deutschland auf der Straße. Das entspricht der Einwohnerzahl Heidenheims in Baden-Württemberg. Eine ganze Stadt schläft unter Brücken, in Hauseingängen oder Zelten.

Aber nur ungefähr jeder zehnte Mensch ohne feste Wohnung lebt auf der Straße. Viele von ihnen sind in Unterkünften untergebracht oder schlafen bei Freunden und Bekannten. Laut BAG W waren 2022 über 600.000 Menschen obdachlos, fast die Einwohnerzahl Leipzigs. Ein Viertel davon waren Kinder. Der Großteil obdachloser Familien wohnt in Notunterkünften. Notunterkunft heißt: leben auf wenigen Quadratmetern, mit Ge-

meinschaftsküche und gemeinsam zu nutzenden sanitären Anlagen. Schon vor Jahren erklärte mir der Leiter des Jugendamts in Stuttgart-Zuffenhausen, einem Stadtteil mit vielen Notunterkünften, dass das Jugendamt dort die Augen zudrücke. Dieses Wohnumfeld erfülle viele Kriterien einer Kindeswohlgefährdung, aber wo sollen die Menschen denn hin?

Skandalöse Zustände, die schon damals niemand auf die Titelsei-

ten schrieb. Werena Rosenke, Geschäftsführerin der BAG W, stellt fest, „Inflation, gestiegene Kosten und steigende Mieten belasten einkommensschwache Haushalte in Deutschland. Dies führt zu (Energie-)Armut, Mietschulden und Wohnungsverlust. Besonders gefährdete Gruppen sind einkommensarme Ein-Personen-Haushalte, Alleinerziehende und kinderreiche Paare.“ Im Vergleich zu 2021 hat sich die Obdachlosigkeit in Deutsch-

Fortsetzung Seite 7

Fortsetzung von Seite 6: Elend...

land mehr als verdoppelt. Markus Seidel, Gründer der Stiftung „Off Road Kids“, kümmert sich um Kinder und Jugendliche auf der Straße. Er geht von 38.000 Kindern und Jugendlichen in verdeckter oder offener Obdachlosigkeit aus – Vergleichbar mit der Einwohnerzahl des niedersächsischen Papenburg. Seidel schlug schon im September Alarm: „Es muss jetzt etwas geschehen, sonst gibt es Aufruhr auf der Straße.“

Von Ampel-Regierung oder Opposition war zu diesem Thema nichts zu hören. Wer damit beschäftigt ist, Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen und dafür zu sorgen, dass der Völkermord Israels in Gaza schöngeredet wird, hat für solche Kleinigkeiten keine Zeit. Geld für Soziales war sowie so immer nur in homöopathischen Dosen und nach langen Kämpfen zu bekommen. Das Geld für die

Kosmetik zur Verdeckung des sozialen Elends fließt inzwischen direkt in die Aufrüstung. Laut „Spiegel Online“ vom Dienstag macht das Finanzministerium zusätzliche sechs Milliarden Euro für die weitere Bewaffnung der Ukraine locker – am gesamten Haushalt vorbei, in einem Sondertopf, der keinem Ressort zugeordnet wird. Laut „Spiegel Online“ „könnte die Summe aus der nicht ausgeschöpften sogenannten Flüchtlingsrücklage und dem konjunkturbedingt größeren Spielraum für Neuverschuldung abgezwickelt werden“.

Und die Milliarden für die Ukraine sind Peanuts im Vergleich zur Erhöhung des Rüstungshaushalts und der geforderten Neuauflage der „Sonderschulden“ für die Bundeswehr. Niemand in der Ampel lässt einen Zweifel daran, dass dieser Kurs unbeirrt fortgesetzt wird.

Wo der Investitionsbedarf in diesem Land besteht macht Rosenke deutlich: „Mit 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr – wie von der Ampel-Regierung versprochen – kann dem Mangel an bezahlbaren Wohnungen nicht ausreichend entgegengesteuert werden. Zusätzlich zu den Sozialwohnungen werden weitere 100.000 bezahlbare Wohnungen benötigt. Entstanden sind in den letzten Jahren jeweils nur circa 25.000 neue sozialgebundene Wohnungen, die nicht einmal das Abschmelzen des Sozialwohnungsbestandes durch Auslaufen der Bindungen kompensieren können.“

Diejenigen, die sich um die Abmilderung des Elends bemühen, wie Rosenke und Seidel, müssen erkennen, dass die Ampel-Regierung den sozialen Kompromiss unausgesprochen gekündigt hat. Noch steht ihnen die Angst vor dem „Aufruhr“ im Weg.

Foto: Stefaan Van Parys

»Politik der Doppelmoral ist widerwärtig« Belgien: Partei der Arbeit an der Seite der Palästinenser und der Emanzipationskämpfe des globalen Südens. Zitat aus einem Gespräch mit Peter Mertens



Partei der Arbeit auf einer Großdemonstration mit Zehntausenden Teilnehmern für einen Waffenstillstand in Palästina (Brüssel, 11.11.2023)

Auf den Demonstrationen zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk in Belgien sind die Fahnen und Banner der Partei der Arbeit (PvdA/PTB) deutlich sichtbar. Was ist die Position Ihrer Partei zum Krieg in Gaza? „Wir organisieren diese Demonstrationen in Belgien natürlich mit. Es findet gerade eine ethnische Säuberung gegen das palästinensische Volk in Gaza statt. Diese geht mit großen Opfern unter der Zivilbevölkerung, unter Kindern, mit der Zerstörung von ziviler Infrastruktur wie Krankenhäusern im großen Ausmaß einher. Es ist ein live im Fernsehen übertragener Krieg der Vernichtung. Und es ist nicht nur ein Krieg gegen die Palästinenser, sondern in gewisser Weise auch ein Krieg gegen das Völkerrecht, denn Länder wie Israel glauben offensichtlich, über den Gesetzen zu stehen.“ (Peter Mertens ist Vorsitzender der PvdB)

(Aus junge Welt vom 22.11.2023)

www.dkp-erlangen.de

Lesung & Diskussion mit dem Autor Jürgen Grässlin

EIN SCHÜCHTERN
JÜRGEN GRÄSSLIN
Unermüdlich gegen Krieg und Gewalt - was ein Einzelner bewegen kann
ZWECKLOS
HEYNE



**Dienstag
28. Nov.
19:00**

**Evang. Familienzentrum
Bismarckstr. 19 Erlangen**

**Alternativtermin
Nürnberg
29. Nov. 19:00
Nachbarschaftshaus
Gostenhof**







Die **DKP** - Erlangen trifft sich regelmäßig vierzehntägig.

Unsere Adressen:
info@dkp-erlangen.de
www.dkp-erlangen.de

DAS ORIGINAL: DER ROTE KANAL AUF YOUTUBE



KOMMUNISTEN.TV

Wichtige Adressen

Erlanger Sozialforum
www.erlanger-sozialforum.de

Erlanger Bündnis für den Frieden
www.frieden-erlangen.de

Friedenspolitischer Ratschlag Kassel
www.uni-kassel.de/fb5/frieden/




KOSTENLOS TESTEN!
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

